

„Die Lage gleitet uns aus den Händen“

Motive und Faktoren in Gorbatschows Entscheidungsprozeß zur Wiedervereinigung Deutschlands

Wolfgang Mueller

Auf seinem Weg zur deutschen Einheit hatte Michail Gorbatschow den von allen Staatsmännern weitesten Weg zu überwinden,¹ der vor allem zwei Hürden barg: die Zustimmung zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in bezug auf eine mögliche Wiedervereinigung (Januar bis Februar 1990) und in bezug auf die freie Bündniswahl (Mai bis Juli 1990). Die Indizien deuten darauf hin, daß der KPdSU-Chef beide Entscheidungen separat fällte, obschon Fragen der Bündniszugehörigkeit bereits in der ersten Phase aufgeworfen wurden. Die Aufteilung des Prozesses in zwei Schritte machte jeden von ihnen leichter akzeptabel und trug damit zu einem Endergebnis bei, das am Beginn kaum denkbar gewesen war.

Im gesamten Entscheidungsprozeß wurde Gorbatschow laut eigenen Erinnerungen von drei Prinzipien geleitet: einem moralischen, „die Deutschen nicht für immer zur Teilung zu verdammen“, einem politischen, den Entspannungsprozeß mit dem Westen und damit die Reform in der Sowjetunion nicht durch Gewalteininsatz aufs Spiel zu setzen, und einem strategischen, die Beziehungen zu Deutschland nicht durch eine Blockade der Vereinigung zu vergällen.² Der Historiker Michail Narinski hat auf das ab Anfang der 1990er Jahre an Bedeutung gewinnende Ziel hingewiesen, die Wiedervereinigung Deutschlands zur Überwindung der Teilung Europas und zur Schaffung eines neuen Sicherheitssystems zu benützen.³

Die Frage nach den Beweggründen Gorbatschows hat der Politologe Rafael Biermann mit sieben Faktoren beantwortet: Erstens ermöglichte, ja erforderte das „Neue Denken“ Gorbatschows nicht nur eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen, sondern bereitete auch den Weg zu einer nicht feindlichen Sicht der Moskauer Staatsspitze auf die USA und die westliche Allianz. Zweitens bildeten die bereits erzielten und die erwarteten Erfolge auf dem Weg zur Beendigung des Kalten Krieges eine Grundlage, an deren Fortbestand Gorbatschow im Interesse der Modernisierung der Sowjetunion gelegen sein mußte. Drittens gewann der Prozeß vor allem in Ostdeutschland rasch eine Eigendynamik, gegen die sich Gorbatschow kaum stellen konnte, ohne Konflikte zu provozieren. Viertens und fünftens fand er weder unter den Westmächten noch unter den Warschauer-Pakt-Staaten Verbündete gegen die Wiedervereinigung oder NATO-Mitgliedschaft Deutschlands. Sechstens ließen die inneren Probleme der Sowjetunion von der Sezession der baltischen Staaten über die eskalierenden Nationalitätenkonflikte bis zur immer tieferen Wirtschaftskrise eine rasche und konfliktfreie Bereinigung der deutschen Frage angezeigt erscheinen. Siebtens bot eine

1 Kuhn, Ekkehard: Gorbatschow und die deutsche Einheit: Aussagen der wichtigsten russischen und deutschen Beteiligten. Bonn 1993, S. 8. Vgl. Kohl, Helmut mit Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg: „Ich wollte Deutschlands Einheit“. Berlin 1996.

2 Gorbatschow, Michail: Wie es war: Die deutsche Wiedervereinigung. Berlin 1999, S. 84, 88. Cf. Cherniaev, Anatolii: The Unification of Germany: Political Mechanisms and Psychological Stereotypes. In: Russian Politics and Law 36, No. 4 (1998), S. 23–38, 31.

3 Narinskij, M.M.: M.S. Gorbačev i ob"edinenie Germanii: Po novym materialam. In: Novaja i novejšaja istorija, No. 1 (2004), S. 14–30, 17.

konsensuale Lösung die Aussicht auf eine langfristige Partnerschaft mit der wirtschaftlich potentesten und auch politisch an Gewicht zunehmenden europäischen Macht.⁴

Insgesamt, urteilte Botschafter Juli Kwizinski rückblickend, sei die erzielte Lösung „wohl der beste Weg, unsere Interessen zu wahren“, gewesen; Condoleezza Rice und Philip Zelikow bezeichneten die „freundschaftliche Überwindung der Teilung Deutschlands“ als „eine weitsichtige Entscheidung der Sowjetunion“.⁵ Der Historiker Alexei Filitow sprach weniger euphorisch von drei sowjetischen Optionen, einem Maximalprogramm (der Bewahrung der DDR), das ab Februar 1990 von einer realistischen Variante (einem vereinigten, neutralen Deutschland) abgelöst wurde, die im Juli dem Minimalprogramm wich.⁶ Gegen die Erklärungsmuster, die hinter Gorbatschows Verhalten rationale Entscheidungen vermuten, wandten sich zahlreiche Kritiker. Botschafter Anatoli Dobrynin bemerkte, daß die Kremlführung – „fähig, aber unerfahren, ungeduldig, überaus selbstbewußt und von westlichen Medien geschmeichelt“ – im Gegenzug zu ihren Zugeständnissen keine Garantie für die zukünftige sowjetische Rolle in Europa erhalten habe.⁷ Der Historiker Abdulchan Achtamsjan kritisierte den Prozeß gar als „Ausverkauf sowjetischer Interessen“,⁸ und Vladislav Zubok meinte, der Schlüssel zu Gorbatschows Politik in der Wiedervereinigungsfrage sei nicht in rationalen Überlegungen, sondern vielmehr in seiner ideengeleiteten Interaktion mit westlichen Staatsmännern zu finden; gleichzeitig machte der Historiker Gorbatschows „chronisches Unvermögen“, eine konsistente Strategie zu formulieren, und sein Zögern, zeitgerecht konkrete Vorschläge oder Forderungen vorzubringen, für das Ergebnis verantwortlich.⁹ Erst später widmete Zubok auch den sich rapide verschlechternden ökonomischen Rahmenbedingungen für Gorbatschows Entscheidungsprozeß größere Aufmerksamkeit und kam zu dem Schluß: „Die finanzielle Komponente würde eine immer wichtigere Rolle in der deutschen Lösung spielen.“¹⁰

Der vorliegende Aufsatz versucht, die beteiligten entscheidungsrelevanten Faktoren in den beiden Hauptfragen, also der Wiedervereinigung und der freien Bündniswahl, unter Einbeziehung jüngst publizierter Dokumente neu zu systematisieren. Das dabei angewandte Schema teilt die Faktoren in „internationale Entwicklungen“, das heißt Vorgänge in den osteuropäischen Staaten, der DDR und dem Westen; „innere Faktoren“ im Bereich der Politik und Wirtschaft der UdSSR; „westliche Anreize“, das heißt wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Maßnahmen, die der Sowjetunion im Zuge des Entscheidungsprozesses mit direktem oder indirektem Bezug auf eine Lösung der deutschen Frage von westlichen Staatsmännern angeboten oder in Aussicht gestellt wurden; und schließlich ideengeleitete oder auch ideologische Motive, das heißt das Streben nach Verwirklichung von Ideen bzw. Idealen.

4 Biermann, Rafael: Zwischen Kreml und Kanzleramt: Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang. Paderborn 1997, S. 779–781.

5 Kwizinskij, Julij A.: Vor dem Sturm: Erinnerungen eines Diplomaten. Berlin 1993, S. 18; Zelikow, Philip/Rice, Condoleezza: Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft. Cambridge 1995, S. xi.

6 Filitov, A.M.: Germanija v Sovetskom vnešnepolitičeskom planirovanii, 1941–1990. Moskva 2009, S. 307.

7 Dobrynin, Anatoly: In Confidence: Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents. New York 1995, S. 627 f.

8 Achtamzjan, A. A.: Ob'edinenie Germanii: Obstožatel'stva i posledstvija. Moskva 2008, S. 127.

9 Zubok, Vladislav: A Failed Empire: The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev. Chapel Hill 2007, S. 328–332.

10 Zubok, Vladislav: With His Back Against the Wall: Gorbachev, Soviet Demise, and German Reunification. In: Cold War History 14, No. 4 (2014), S. 619–645. Zum „Preis“ der deutschen Einheit siehe z.B. Bierling, Stefan: Wirtschaftshilfe für Moskau: Motive und Strategien der Bundesrepublik Deutschland und der USA von 1990 bis 1996. Paderborn 1998.

Die Frage der Wiedervereinigung

Vor 1989 hatte Gorbatschow weder den Fortbestand der deutschen Teilung noch jenen der Berliner Mauer in Frage gestellt. Wenn er etwa während seiner Reisen in die DDR 1966 oder die Bundesrepublik 1975 über die Teilung des Landes sinniert hatte, war er stets zum Ergebnis gelangt, es handele sich um eine natürliche Konsequenz des Zweiten Weltkrieges sowie exklusiv *westlicher* Politik und eine „Realität“, die noch hundert Jahre anhalten werde, bis dereinst „die Geschichte“ die Frage lösen werde.¹¹ Dabei handelte es sich um eine Position, die der KPdSU-Chef bis Ende 1989 beibehielt und rückblickend als „Gromykos Position, aber mit einer philosophischen Perspektive“, um den Deutschen Hoffnung zu geben, bezeichnete.¹² Eine ähnliche „Perspektive“ dürfte er auch im Sinn gehabt haben, als er während seines Besuches in Bonn im Sommer 1989 philosophierte, die Berliner Mauer sei nicht für die Ewigkeit errichtet. Er fügte hinzu: „Die Mauer kann verschwinden, wenn die Voraussetzungen entfallen, die sie hervorgebracht haben.“¹³

Inzwischen hatten sich Mitglieder der sowjetischen Führung und des außenpolitischen Apparats durchaus konkretere Gedanken über dieses Ereignis gemacht. Botschafter Juli Kwizinski erinnerte sich später, er habe darauf hingewiesen, daß die DDR ohne Mauer nicht überleben werde können und man daher aktiv auf eine Wiedervereinigung hinarbeiten solle.¹⁴ Ähnliche Aussagen ließ Wjatscheslaw Daschtschew vernehmen.¹⁵ Nach einem Besuch in Ost-Berlin 1987 informierte Außenminister Eduard Schewardnadse seine Berater, er habe der ostdeutschen Führung „vorgeschlagen, die Mauer zu entfernen. Reagan könnte mit der Idee einer deutschen Wiedervereinigung auftreten. Unsere Freunde [d.h. die SED-Führung; W.M.] reagierten sehr negativ.“¹⁶ Tatsächlich sprach der US-Präsident kurz darauf in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor den berühmten Appell aus, „Mr. Gorbachev, tear down this wall“, was nahe legt, daß die Initiative der sowjetischen Spionage bereits zuvor bekannt war. Vor dem Hintergrund eskalierender Bürgerproteste in der DDR grübelte der Außenminister am 3. November 1989 erneut im Politbüro, es wäre besser, wenn der neue SED-Vorsitzende Egon Krenz die Mauer beseitigen lasse, worauf KGB-Chef Wladimir Krjutschkow meinte: „Wenn sie sie entfernen, wird es schwierig für die Deutschen.“¹⁷ Diese wohl auf die ostdeutsche Parteiführung gezielte Prophezeiung sollte sich bald bewahrheiten.

Während die sowjetische Seite routinemäßig von der SED über die geplanten Änderungen der Ausreisevorschriften für DDR-Bürger informiert wurde, erfuhr Gorbatschow erst im nachhinein von der Maueröffnung. Bereits am folgenden Morgen begrüßte er die Entscheidung.¹⁸ Das bedeutete allerdings, wie er im Telefonat mit Bundeskanzler Kohl bekräftigte,¹⁹ keine Änderung des sowjetischen Bekenntnisses zur

11 Gorbatschow, Michail: *Erinnerungen*. Berlin 1995, S. 700 f.

12 Gorbatschow: *Wie es war*, S. 64.

13 Ebd., S. 82.

14 Kwizinskij: *Vor dem Sturm*, S. 13.

15 Dashichev, Vyacheslav: *On the Road to German Reunification: The View from Moscow*. In: Gorodetsky, Gabriel (Hrsg.): *Soviet Foreign Policy 1917–1991: A Retrospective*. London 1994, S. 170–182, 172; Lévesque, Jacques: *The Enigma of 1989: The USSR and the Liberation of Eastern Europe*. Berkeley 1997, S. 145.

16 Zit. nach Zubok: *With His Back*, S. 621.

17 Černjaev, A./Veber, A./Medvedev, V. (Hrsg.): *V Politbjuro CK KPSS, 1985–91*. Moskva 2006, S. 450 f.

18 Hertle, Hans-Hermann: *Chronik des Mauerfalls: Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989*. Berlin 1996, S. 232.

19 Telefonat M. Gorbatschows mit H. Kohl, 11 Nov. 1989. In: Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.): *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage: Sowjetische Dokumente 1986–1990*. München 2011, S. 231.

DDR. Zu jenem Zeitpunkt wurde der Fortbestand zweier deutscher Staaten – außer bei Parteitagereden in der Bundesrepublik – auch kaum noch in Frage gestellt, was aber das grundsätzliche Bekenntnis des Westens zum Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung nicht ungeschehen machen konnte. Nach einem telegraphischen Hilferuf durch Egon Krenz,²⁰ der auf die Verantwortung der vier Kontrollmächte hinwies, aktivierte Gorbatschow am 10. November den seit Beginn des Kalten Krieges weitgehend dysfunktionalen vierseitigen Kontrollmechanismus, um einen „unerwünschten Verlauf“ der Ereignisse zu verhindern.²¹ Helmut Kohls Zehnpunkteplan zur Wiedervereinigung verurteilte Gorbatschow als „Diktat“, wie es nicht einmal Hitler gewagt hätte,²² und bekräftigte einige Tage später das Bekenntnis zur DDR.²³ Nichts ließ zu diesem Zeitpunkt den folgenden Umdenkprozeß erahnen, in dem mehrere Faktoren zum Tragen kamen.

Internationale Entwicklungen: Der Niedergang der DDR und das Scheitern einer Koalition gegen die Wiedervereinigung

Erstens wurde bereits im Winter 1989/90 die tiefe Krise des SED-Regimes offenbar, was Gorbatschows Projekt einer „Perestroika-DDR“ unrealistisch werden ließ. Wie Krenz gegenüber Gorbatschow bekannte, hatte sein Land Auslandsschulden von 26,5 Milliarden Dollar akkumuliert, bei einem Defizit von 12,1 Milliarden. 62 Prozent der Exporterlöse flossen in den Schuldendienst.²⁴ Gorbatschow selbst war dadurch gezwungen, eine trilaterale Zusammenarbeit mit Bonn zu empfehlen, denn ohne westdeutsches Kapital vermochte die Sowjetunion ihr „Kind“ nicht zu retten. Die Bundesrepublik als traditioneller Kreditor zeigte sich aber inzwischen unwillig, ohne politische Liberalisierungsschritte des SED-Regimes außerordentliche Finanzhilfe zu leisten.

Doch nicht nur die wirtschaftliche Basis der DDR erodierte rapide. Wie der ungebremste Auswanderungsstrom, dem sich im Dezember 1989 129.000 und im Januar 1990 fast 60.000 Ostdeutsche anschlossen, und die ebenfalls anhaltenden Demonstrationen in der DDR zeigten, schritt deren Entlegitimierung in den Augen der eigenen Bevölkerung mit Riesenschritten voran. Immer mehr Menschen gaben die Perspektive auf ein reformsozialistisches Experiment bei anhaltender Zweistaatlichkeit auf und orientierten sich auf eine Wiedervereinigung. Insbesondere die fehlende Distanzierung der SED von ihrer Vergangenheit und der Fortbestand der Staatssicherheitspolizei trugen dazu bei, DDR-Ministerpräsident Hans Modrow und mit ihm die Idee eines Fortbestandes der DDR in breiten Bevölkerungskreisen zu diskreditieren.²⁵ Der Historiker Hanns Jürgen Küsters hat darauf hingewiesen, daß Gorbatschow erstens nach dem Sturm erzürnter DDR-Bürger auf das Stasi-Hauptquartier erkannte, daß dieser Staat

20 Hertle: Chronik, S. 239.

21 Stephan, Gerd-Rüdiger/Küchenmeister, Daniel: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1994, S. 242 f.

22 Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 683; Gespräch M. Gorbačevs mit Bundesaußenminister Genscher, 5. Dez. 1989. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 260.

23 Freedman, Lawrence (Hrsg.): Europe Transformed: Documents on the End of the Cold War. London 1990, S. 385.

24 Gespräch M. Gorbatschows mit E. Krenz, 1 Nov. 1989. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 218.

25 Rödder, Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland: Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009, S. 95–98, 120–124; Sarotte, Mary Elise: 1989: The Struggle to Create Post-Cold War Europe. Princeton 2009, S. 96; 117.

nicht zu halten sei.²⁶ Nachdem sogar Modrow die Flucht nach vorne angetreten hatte und mit dem Ziel, die Einheitsidee für sich nutzbar zu machen, eine „Vertragsgemeinschaft“²⁷ der beiden deutschen Staaten vorgeschlagen hatte, konnte Gorbatschow eine solche nicht mehr ablehnen, ohne den engsten sowjetischen Verbündeten in Deutschland vor den Kopf zu stoßen. Mit Blick auf dessen Chancen in den bevorstehenden Wahlen approbierte der Kremlchef daher am 30. Januar das SED-Programm „Für Deutschland, einig Vaterland“, das auch die Wiedervereinigung der beiden Staaten umfaßte.²⁸

Zweitens bewahrheitete sich Gorbatschows im November im Politbüro geäußerte Erwartung, daß „der Westen keine Vereinigung Deutschlands will, sie aber mit unseren Händen verhindern möchte, um eine Annäherung zwischen UdSSR und BRD zu blockieren“.²⁹ Margaret Thatchers Worten, „Britannien und Westeuropa sind nicht an einer Vereinigung Deutschlands interessiert. Die öffentlichen Erklärungen mögen anders klingen, aber beachten Sie sie nicht. Wir wollen keine Einheit Deutschlands“, folgten keine entsprechenden Taten.³⁰ Und die Einschätzung des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski, wonach „ein vereinigtes starkes Deutschland weder in Ihrem [sowjetischen; W.M.], noch in unserem [US-amerikanischen; W.M.] Interesse liegt“, wurde bald von der tatsächlichen Politik der Vereinigten Staaten widerlegt. Kurz darauf bekräftigten auch die EG-Staaten im Zuge der Straßburger Sitzung des Rates ihr Bekenntnis dazu. Am Rande der „Open-Skies“-Konferenz in Ottawa wies der britische Außenminister Douglas Hurd seinen sowjetischen Amtskollegen auf eine Umfrage des *Economist* hin, wonach die Bevölkerungsmehrheiten in England, Frankreich und Italien „für die Vereinigung“ seien.³¹

Innere Faktoren: Die Krise der Sowjetunion

Auch innersowjetische Faktoren limitierten den Handlungsspielraum Gorbatschows. Dies betraf vor allem die sich vertiefende Wirtschaftskrise und eskalierende Nationalitätenkonflikte, die das Jahr 1989 aus Perspektive des Kremls zu einem „annus horribilis“ werden ließen. Wirtschaftlich standen einander dysfunktionale Strukturen, Altlasten und zaghafte Reformen gegenseitig im Weg; ZK-Sekretär Wadim Medwedew konstatierte treffend: „Zwischen der Demontage des alten und der Schaffung eines neuen Mechanismus in der Wirtschaft, Politik und Ideologie ist ein Riß passiert. Und der hat das Land aus dem Gleichgewicht gebracht.“³² Anstatt erste Erfolge der Perestroika zu lukrieren, stolperte die sowjetische Gesellschaft immer tiefer in die Krise. Infolge des einbrechenden Ölpreises und überhöhter Subventionen für Lebensmittel und Konsumgüter war das Staatsdefizit bis 1988 auf zehn Prozent des Bruttoinlands-

26 Küsters, Hanns Jürgen: Entscheidung für die deutsche Einheit. In: Küsters, Hanns Jürgen/Hoffmann, Daniel (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit: Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes. München 1998, S. 21–236, 233.

27 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Hans Modrow vor der Volkskammer, 17. Nov. 1989. In: Lehmann, Ines (Hrsg.): Die Außenpolitik der DDR 1989/1990: Eine dokumentierte Rekonstruktion. Baden-Baden 2010, S. 398 f.

28 Konzept des DDR-Ministerpräsidenten, Modrow, 30. Jan. 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 304 f.

29 Černjaev/Veber/Medvedev: V Politbjuro CK KPSS, S. 450.

30 Conversation Gorbachev with Thatcher, Soviet protocol, 23 Sept. 1989. In: Savranskaya, Svetlana/Blanton, Thomas/Zubok, Vladislav (Hrsg.): Masterpieces of History: The Peaceful End of the Cold War in Europe 1989. Budapest 2010, S. 530–532.

31 Tagebucheinträge Stepanov-Mamaladze, 12. Feb. 1990. In: Karner, Stefan u.a. (Hrsg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90. Berlin 2015, S. 167.

32 Černjaev/Veber/Medvedev: V Politbjuro CK KPSS, S. 469.

produkts gestiegen,³³ die Auslandsschulden explodierten, die Lebensmittelversorgung stockte, Grundnahrungsmittel mußten rationiert werden und waren auch auf Bezugschein kaum zu erhalten. Über fünfzehn Millionen Pensionisten waren bereits unter die Armutsschwelle gerutscht. Ab Sommer 1989 streikten die Bergarbeiter.

Im ZK-Plenum Anfang Dezember 1989, das zur Vorbereitung der zweiten Session des Volksdeputiertenkongresses einberufen worden war, wurde die Lage im Lande als „in einigen Bereichen hoch explosiv“ bezeichnet; die Versorgungsmängel mußten schnellstmöglich beseitigt werden.³⁴ Ende Januar 1990 war die Situation laut Einschätzung Ministerpräsident Ryshkows „kritisch“;³⁵ gefordert wurden drei Reformen gleichzeitig: eine Währungsreform, eine Preisreform und ein neues Steuersystem. Im politischen Bereich wurde der Übergang zum Mehrparteiensystem bereits als Faktum betrachtet. Man diskutierte und redigierte Entwürfe zur Einführung des Privateigentums und einer Berufsarmee. KGB-Chef Krjutschkow forderte „kardinale Maßnahmen für die Wirtschafts- und politische Reform“ und stellte fest: „Es geht um die Rettung der Perestroika.“ Gorbatschow erklärte düster: „Ein Aufschwung ist nicht in Sicht. Wenn wir an diesem strategischen Wendepunkt der Perestroika handeln wie [19]88 und [19]89, sind wir zum Untergang verdammt. Das Volk wird uns verjagen.“³⁶

Tatsächlich waren nur noch zwölf Prozent der Bevölkerung überzeugt, daß die Perestroika eine Besserung bringen könne.³⁷ Enthüllungen über Umweltzerstörung, über die Verbrechen des Leninismus und Stalinismus wie zum Beispiel das Massaker von Katyn, über die blutige Niederschlagung des Streiks von Nowotscherkassk 1962 durch Chruschtschow, aber auch über die Atomkatastrophe von Tscheljabinsk 1957 erschütterten die Öffentlichkeit.

Die Lockerung der Unterdrückung durch die Zentralmacht, aber auch die Diskreditierung der Partei veranlaßte regionale Eliten, ihr Heil im Unabhängigkeitsstreben zu suchen, was im Kaukasus und in Zentralasien von eskalierenden nationalen Konflikten begleitet wurde. Der armenisch-aserbaidshische, der abchasisch-georgische Konflikt, die Pogrome gegen Mescheten in Usbekistan und gegen kaukasische Gastarbeiter in Kasachstan ließen das Land nicht zur Ruhe kommen. Die zweite Session des Volkskongresses Mitte Dezember 1989 war von heftigen Zusammenstößen der Deputierten über die nationale Frage geprägt.

Obwohl gemäßigt und gewaltlos, stand der Unabhängigkeitskampf der baltischen Republiken im Zentrum der Aufmerksamkeit des Politbüros. Die Ablehnung der sowjetischen Annexion, gegen die anläßlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes über zwei Millionen Menschen eine 600 Kilometer lange Menschenkette bildeten, die Kritik an der Ansiedelung von Russen und der wirtschaftlichen Umverteilung auf Kosten der baltischen Republiken, aber auch der Erfolg der Kandidaten der Reformbewegung „Sajudis“ bei den Volkskongreßwahlen im März/April 1989 hatten einen Kurswechsel in der litauischen KP in Richtung Unabhängigkeit mit sich gebracht. Im Dezember trennte sie sich von der KPdSU. Den infolge des Hitler-Stalin-Pakts erzwungenen Beitritt der baltischen Staaten zur UdSSR erklärten die Parlamente der Republiken zwischen Mitte November 1989 und Mitte Februar 1990 für ungültig; zuvor war eine internationale Konferenz der Estnischen Akademie der Wis-

33 Altrichter, Helmut: *Russland 1989: Der Untergang des Imperiums*. München: 2009, S. 104–112, 213 ff.

34 Černjaev/Veber/Medvedev: *V Politbjuro CK KPSS*, S. 457.

35 Ebd., S. 477.

36 Ebd., S. 481.

37 Altrichter: *Russland*, S. 213.

senschaften zum Schluß gekommen, daß die Annexion der baltischen Republiken durch die UdSSR ein „Akt der Aggression“ und daher illegal gewesen sei.³⁸

Hatte Gorbatschow in der zweiten Session des Volkskongresses gegenüber den Abgeordneten noch unterstrichen, Herr der Lage zu sein, bekannte er sechs Wochen später gegenüber US-Außenminister Baker nicht unbegründet, die Lage in Europa gleite „uns aus den Händen“.³⁹ Zwar gelang ihm im Februar ein großer Erfolg, als ZK und Oberster Sowjet dem neuen Präsidialsystem in der UdSSR zustimmten, doch bot dies nicht einmal eine Atempause. Angesichts der angespannten internen Lage argumentiert Zubok überzeugend, daß Gorbatschow – durchaus rational – den Erfolg seiner Reformen mit Unterstützung aus dem Westen zu verknüpfen begann.⁴⁰

Westliche Anreize: Deutsche Wirtschaftshilfe und ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem

In dieser Lage versprach eine sowjetische Zustimmung zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen vor allem wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vorteile. Mit dem Dilemma konfrontiert, zwischen einer Störung der sowjetisch-(west)deutschen Beziehungen und einer Zustimmung zum Selbstbestimmungsrecht wählen zu müssen, optierte der Kremelchef – wie auch der ihm in vielerlei Hinsicht nahe stehende Mitterrand⁴¹ in einer ähnlichen Situation – für Konsens und Bargaining. Die Hoffnung auf reale Gegengeschäfte für die Sowjetunion hatte sich bereits im Januar durch deutsche Expresß-Lebensmittellieferungen im Wert von 220 Millionen Mark eindrucksvoll bewahrheitet.

Auf der europäischen Ebene wiederum bot die Wiedervereinigung eine Chance für Gorbatschow, sein Projekt eines „Gemeinsamen Hauses“ und eines neuen regionalen Sicherheitssystems für Europa voranzutreiben, weshalb es auch aus sicherheitspolitischen Gründen günstig erschien, dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zuzustimmen. In seiner Europaratsrede im Juli 1989 hatte Gorbatschow für eine Integration Ost- und Westeuropas unter anderem im Bereich der militärischen Sicherheit und für eine Annäherung von NATO und Warschauer Pakt geworben,⁴² und im Oktober hatte sein Berater Georgi Schachnasarow in einem Memorandum an den Generalsekretär für die Auflösung der Militärbündnisse in einer gemeinsamen Sicherheitsstruktur bis 1995 und für einen unilateralen Abzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa plädiert – mit Ausnahme der DDR allerdings.⁴³ Die Entwicklungen im Herbst 1989 verknüpften in Gorbatschows Handeln die Frage eines neuen Sicherheitssystems mit der Deutschen Frage zur Idee, die Wiedervereinigung als Hebel zur Schaffung eines neuen Systems zu benützen.

Ideengeleitete Motive: Einheit und Selbstbestimmung

Schließlich aber ermöglichte die Zustimmung zum Selbstbestimmungsrecht in bezug auf die Wiedervereinigung Gorbatschow, Theorie und Praxis in Einklang miteinander zu bringen und zwei gravierende Widersprüche sowjetischer Politik aufzulösen: zwischen dem theoretischen sowjetischen Bekenntnis zum allgemeinen Selbstbestim-

38 Altrichter: Russland, S. 274–289.

39 Protokoll des Gesprächs von M. Gorbačev mit US-Außenminister J. Baker, 9. Feb. 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 310.

40 Zubok: *With His Back*, S. 627.

41 Schabert, Tilo: *Mitterrand et la réunification allemande*. Paris 2005.

42 Address by M. Gorbachev to the Council of Europe in Strasbourg, 6 Juli 1989. In: Savranskaya/Blanton/Zubok (Hrsg.): *Masterpieces*, S. 492–496.

43 Memorandum, 14 Okt. 1989. In: Schachnasarow, Georgi: *Preis der Freiheit: Eine Bilanz von Gorbatschows Berater*, hrsg. v. Brandenburg, Frank. Bonn 1996, S. 289–291.

mungsrecht und der praktischen Verweigerung dieses Rechtes gegenüber den Deutschen und zwischen dem Bekenntnis zur deutschen Einheit in der Theorie und der Zweistaatenpolitik in der Praxis. In einer bedeutungsvollen Halbwahrheit nahm Gorbatschow für die Sowjetunion in Anspruch, „den Deutschen niemals das Recht [auf Einheit; W.M.] verweigert“ zu haben,⁴⁴ weshalb es gar nicht nötig sei, die offizielle sowjetische Position zu ändern. Diese äußerliche Konsistenz konnte in Bezug auf die Haltung der sowjetischen Bevölkerung nur hilfreich sein, die in Meinungsumfragen im März 1990 mit sechzig Prozent ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands erteilte.⁴⁵

Die Entscheidung, letztere als „unausweichlich“ zu betrachten, fiel laut Gorbatschows Memoiren in einer informellen Führungsbesprechung am 26. Januar.⁴⁶ Später präzierte er, daß die Frage nach einer allfälligen Zustimmung zur Wiedervereinigung nicht gestellt wurde,⁴⁷ was mit dem publizierten Protokoll übereinstimmt.⁴⁸ Laut diesem legte Gorbatschow, ausgehend von der Einschätzung, daß die UdSSR die DDR nicht am Leben erhalten könne, im Laufe des Gesprächs die Richtung fest,

- „möglichst viel Zeit zu gewinnen“ und „den Prozess in die Länge zu ziehen, wie auch immer das endgültige Ziel (Wiedervereinigung) aussehen mag“,
- die Idee einer deutsch-deutschen „Vertragsgemeinschaft“ mit konföderativen Elementen“ als beste Variante zu betrachten,
- internationale Verhandlungen der vier Kontrollmächte und der zwei deutschen Staaten vorzuschlagen,
- den Prozeß mit den Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte zu synchronisieren,
- eine NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands auszuschließen,
- einen sowjetischen Abzug mit einem westlichen zu junktimieren und
- inzwischen den sowjetischen Abzug aus der DDR und die Bevölkerung der UdSSR psychologisch auf die Wiedervereinigung vorzubereiten.

Die am 30. Januar von Gorbatschow gegenüber Modrow und am 10. Februar gegenüber Kohl kommunizierte Position, daß „wir das Bedürfnis des deutschen Volkes in BRD und DDR nach verstärkten Kontakten [verstehen]“,⁴⁹ „dass zwischen der Sowjetunion, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Einheit der deutschen Nation bestehen und dass die Deutschen diese Frage selbst entscheiden“⁵⁰, war bereits vor der erwähnten Besprechung, und zwar am 20. Januar, von Schewardnadse gegenüber seinem ostdeutschen Amtskollegen Oskar Fischer angedeutet worden. Dabei unterstrich der sowjetische Außenminister, daß „die Sowjetunion den Deutschen keinesfalls das Recht auf Selbstbestimmung abspreche. Dieses Recht hätten die Deutschen in der DDR ebenso wie die Deutschen in der BRD. Ihr Wunsch

44 Antworten M. Gorbačevs auf Fragen des Korrespondenten der „Pravda“, 21. Feb. 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 345.

45 Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Berlin 2002, S. 173.

46 Gorbatschow: Erinnerungen, S. 714 f.

47 Gorbatschow: Wie es war, S. 97.

48 Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab von Generalsekretär Gorbačev, 26. Jan. 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 286–291.

49 Gespräch Gorbačevs mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, 20. Jan. 1990. Ebd., S. 300.

50 Gespräch Gorbačevs mit Bundeskanzler Kohl, 10. Feb. 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 317–333, 326; Westdeutsches Protokoll. In: Küsters/Hofmann: Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit, S. 795–807, 801.

nach engerer Zusammenarbeit und – wenn die Deutschen so entscheiden – staatlicher Einheit werde respektiert, wobei es sich verstehe, daß Einheit entsprechende Bedingungen voraussetzt. Für die Sowjetunion sei z.B. ein Deutschland in der NATO nicht hinnehmbar.“⁵¹

Die Bündnisfrage

Damit war die Bündnisfrage angesprochen, welche die zweite Phase von Gorbatschows Entscheidungsprozeß beherrschen sollte. Die Hoffnung, die Wiedervereinigung einem mehrere Jahre dauernden Prozeß zuzuführen, wurde rasch zunichte gemacht – einerseits durch die Vorverlegung der Volkskammerwahl, den Erdrutschsieg der CDU am 18. März und die Bildung einer CDU-geführten Koalitionsregierung in Ost-Berlin, wodurch die Wiedervereinigung an Tempo gewann. Andererseits wurde die Dynamik durch die DDR-Wirtschaftskrise erhöht, welche die Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion per 18. Mai mit Wirkung zum 1. Juli beschleunigte.⁵²

Inzwischen rückte die von Gorbatschow bereits 1989 aufgeworfene Bündnisfrage in den Fokus der sowjetischen Aufmerksamkeit. In seinen Gesprächen mit Bush und mit Mitterrand im Dezember hatte der sowjetische Staatschef verschiedene Optionen wie Neutralität, NATO- oder Warschauer-Pakt-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland ausgelotet und in der Besprechung vom 26. Januar 1990 die NATO-Option explizit ausgeschlossen, was er im Gespräch mit der *Prawda* am 7. März und im Politbüro am 3. Mai wiederholte.⁵³ In derselben Sitzung wurden Schewardnadses Instruktionentwürfe, die ein stillschweigendes sowjetisches Einverständnis mit der fortgesetzten Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der atlantischen Allianz vorschlugen, niedergestimmt. Walentin Falin, der konservative Leiter der Internationalen Abteilung der KPdSU, der in mehreren internen Denkschriften seit der Öffnung der Berliner Mauer dafür plädiert hatte, daß die Sowjetunion ihre Zustimmung zur Selbstbestimmung Deutschlands an konkrete Forderungen wie die Neutralisierung und Demilitarisierung des Landes knüpfen solle, attackierte den konzilianten Zugang scharf.⁵⁴ Der Außenminister folgte in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bonn im Mai den neuen Instruktionen,⁵⁵ dem vereinigten Deutschland die volle Souveränität für eine Übergangsphase von mehreren Jahren zu verweigern.

In der Zwischenzeit, von Januar bis Mai, konfrontierte die sowjetische Außenpolitik die Öffentlichkeit in der Frage der Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschlands mit einem „surrealistischen Wust von Ideen“.⁵⁶ Zu den vorgeschlagenen Optionen zählten: 1) die Mitgliedschaft Deutschlands im Warschauer Pakt, 2) die doppelte Mitgliedschaft Deutschlands in den beiden Militärbündnissen, 3) die Neutralisierung Deutschlands, 4) die „französische Lösung“, das heißt das Ausscheiden Deutschlands aus den NATO-Militärstrukturen, 5) Deutschlands Vollmitgliedschaft in der NATO bei gleichzeitiger Aufnahme der UdSSR in das Bündnis, 6) die Auflösung der beiden

51 Vier-Augen-Gespräch O. Fischers mit E.A. Schewardnadse, 20 Jan. 1990. In: Lehmann, Außenpolitik, S. 441.

52 Küsters: Entscheidung für die deutsche Einheit, S. 79, 89, 119.

53 Černjaev, A.: *Sovmestnyj ischod: Dnevnik dvuch epoch 1972–1991 gody*. Moskva 2008, S. 855.

54 Falin, Valentin: *Konflikte im Kreml: zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und der Auflösung der Sowjetunion*. München 1997, S. 153, 156–161, 164–178, 314–316.

55 Gespräch Genscher mit Shevardnadze, 4. Mai 1990. In: Hilger, Andreas (Hrsg.): *Diplomatie für die Deutsche Einheit: Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/1990*. München 2011, S. 131, 134; Schewardnadses Rede im Plenum, 5. Mai, ebd., S. 136–144.

56 Kwizinskij: *Vor dem Sturm*, S. 12.

Militärbündnisse und die Bildung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung des wiedervereinigten Deutschlands und der UdSSR; in manchen Fassungen tauchen in diesem Kontext auch die USA und Kanada auf.

Im März 1990 abgeschlossene Planungen des sowjetischen Außenministeriums gingen bereits von einem Zerfall des Warschauer Paktes und einer NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands aus, stellten aber fest, daß „die zunehmende Wirkung anderer, die militärpolitische Situation in Europa und auf der ganzen Welt bestimmenden Faktoren für uns diese Verluste [überdeckt]“.⁵⁷ Gemeint war damit, daß „zum ersten Mal in der Nachkriegszeit die realistische Perspektive besteht, jenes Sicherheitsmodell zu demontieren, das in den Jahren des ‚Kalten Krieges‘ entstanden ist und das auf militärischer Gegnerschaft und einem hohen Maß an politischer Konfrontation aufbaute“. Es sei daher im sowjetischen Interesse, „den Prozess zur Errichtung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen ohne Blockgrundlage zu forcieren, selbstverständlich unter Beteiligung der UdSSR“. Von diesem Gesichtspunkt betrachteten die Sicherheitsexperten des Moskauer Außenamtes sogar die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands als „annehmbar“ – sofern die Grenzen und der atomwaffenfreie Status Deutschlands gewährleistet seien, die NATO-Zone die Elbe nicht überschreite und sowohl der Warschauer Pakt als auch die sowjetische Truppenpräsenz in der DDR aufrechterhalten blieben. Die „vollwertige“ NATO-Mitgliedschaft Deutschlands „bei gleichzeitiger Entmilitarisierung des DDR-Gebietes“ wurde sogar als „wahrscheinlichste Variante“ betrachtet. Dies entsprach westdeutschen Interpretationen, wie sie etwa vom Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Dieter Kastrup, oder vom Botschafter in Moskau, Klaus Blech, intern kommuniziert wurden.⁵⁸

Gorbatschow hatte bereits Mitte Februar im ZK davon gesprochen, daß eine Transformation der Blöcke ein neues Sicherheitssystem schaffen solle,⁵⁹ und im April teilte er dem britischen Außenminister mit, ein solches System, das die beiden Bündnisse entweder ersetzen oder auch nur überspannen sollte, sei seine bevorzugte Lösung.⁶⁰ Am 23. Mai sahen zwei der vier von Schewardnadse gegenüber Genscher vorgeschlagenen Optionen diese Lösung vor.⁶¹ Ein von Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière ausgehändigtes sowjetisches Non-Paper aus dem April 1990 nannte dies als „Ausweg“ für die deutsche Frage. Und im Mai überreichte Gesandter Igor Maximytschew in Ost-Berlin Außenminister Markus Meckel den Vorschlag eines alle 35 KSZE-Staaten umfassenden Sicherheitssystems samt einem Rat „Groß-Europas“, der „mindestens einmal in zwei Jahren abwechselnd in den Hauptstädten der Teilnehmerländer“ zusammentreten und „auf der Grundlage des Konsenses grundsätzliche politische Zielsetzungen und konkrete Lösungen ausarbeiten“ sollte.⁶² Im politisch-militärischen Bereich sollten zwei Organe einerseits den Informationsaustausch über Truppenverschiebungen und Manöver bzw. die Verifikation einschlägiger Angaben sicherstellen und andererseits als Streitbeilegungsgremium

57 Analyse der Abteilung für Rüstungskontrolle des sowjetischen Außenministeriums, [März 1990]. In: Karner u.a. (Hrsg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung, S. 204 f, 208.

58 Vorlage Kastrup für die Staatssekretäre Sudhoff und Lautenschlager, 5. März 1990; Drahtbericht Blech, 13. März 1990. In: Möller, Horst et al. (Hrsg.): Die Einheit: Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess. Göttingen 2015, S. 328, 357.

59 Černjaev/Veber/Medvedev: V Politbjuro CK KPSS, S. 484.

60 Aus dem Gespräch M. S. Gorbačevs mit D. Hurd, 10. Apr. 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 363 f. Hier der Hinweis auf ein „Europa vom Atlantik zum Ural“, d.h. ohne die USA und Kanada.

61 Gespräch Genscher mit Ševardnadze, 23. Mai 1990. In: Hilger: Diplomatie, S. 147–162, 153 f.

62 Non-Paper der Regierung der UdSSR, 16. April 1990; Notiz eines Besuchs des Gesandten der UdSSR, 25. Mai 1990. In: Lehmann: Außenpolitik, S. 542–545; 663–665.

schrittweise die Kompetenzen eines „europäischen Sicherheitsrates“ übernehmen. Mit Meckel vereinbarte Šewardnadze, so rasch wie möglich eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung gemeinsamer Ideen für eine europäische Sicherheitsstruktur zu gründen.⁶³ Unter de Maizière, Meckel und Verteidigungsminister Rainer Eppelmann fand die Idee, die dem Koalitionsvertrag der DDR-Regierung vom 12. April entsprach, Unterstützung.⁶⁴

Von der westdeutschen Linken vorgeschlagene Konzepte für eine neue Sicherheitsorganisation abseits der NATO gingen in eine ähnliche Richtung. In der Tradition seiner neutralistischen Konzepte der 1960er Jahre⁶⁵ schlug Egon Bahr im Februar 1990, das nationale Selbstbestimmungsrecht Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei „großzügig“ ignorierend, inoffiziell ein „Bündnisverbot“ für diese Staaten und deren Eingliederung in ein mitteleuropäisches Sicherheitssystem vor. Die NATO, so Bahr in einem vertraulichen Gespräch mit ZK-Sekretär Alexander Jakowlew und Falin in Moskau, dürfe sich „auf keinen Fall auf Mitteleuropa ausweiten“. Der SPD-Politiker ging so weit, seinen Moskauer Gesprächspartnern zu empfehlen: „An Ihrer Stelle würde ich die Aufmerksamkeit der sowjetischen Generalität darauf lenken, dass die NATO, die sich bereits von Norwegen bis zur Türkei erstreckt und Frankreich und England miteinschließt, sich unseren Vorstellungen nach nicht auf Deutschland ausweiten wird [sic]“,⁶⁶ womit er den Handlungsspielraum der Bundesregierung und des Bündnisses einzuschränken versuchte. Da derartige Ideen dem verbrieften Prinzip der freien Bündniswahl widersprachen, kann man sie wohl als Ausfluß imperialistischer Denkschemata in der westdeutschen Linken, wonach sich Deutschland nur mit Moskau einigen müsse, damit alles in Ordnung komme, interpretieren. Bahr setzte seine Intrige im Juni fort, als er KPdSU-Funktionäre auf das angebliche Ziel der NATO-Länder, „osteuropäische Staaten von der Sowjetunion loszureißen“, aufmerksam machte, die „Bereitschaft der sowjetischen Seite, in prinzipiellen Fragen Zugeständnisse zu machen“, kritisierte und resümierte: „Ich habe nicht gedacht, dass ich mir im Alter mehr Gedanken über die Sowjetunion werde machen müssen, als deren Vertreter selbst es tun.“⁶⁷ Indem er alte Vorbehalte gegen die NATO kommunizierte, die osteuropäischen Staaten als willenslose Objekte westlicher Politik und Gorbatschow als pflichtvergessen darstellte, stieß er in das gleiche Horn wie dessen altstalinistische Kritiker. Sowjetische Ängste vor einem vereinigten Deutschland schürte wiederum der neue SED-Vorsitzende Gregor Gysi, als er in Moskau die „derzeitige Führung der DDR“ mit Ausnahme de Maizières und Innenminister Peter Diestels als „Ansammlung von herrschsüchtigen Amateuren“ anschwärzte und „Kohl und die hinter ihm stehenden Kräfte“ bezichtigte, „ein Europa unter deutscher Hegemonie zu errichten“.⁶⁸

Internationale Entwicklungen: Unterstützung für die NATO-Option und das Scheitern von Alternativen

Daß die sowjetische Entscheidung schließlich eine andere Richtung nahm, ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zwischen Mitte Februar und Mitte April 1990 zeichnete sich ab, daß nicht nur die Bonner Regierung für die NATO-Mitgliedschaft (wenn auch unter gewissen Einschränkungen, wie im sogenannten Genscher-Plan)

63 Gespräch Meckel mit Šewardnadze, 7. Jun. 1990. Ebd., S. 696.

64 Sarotte: 1989, S. 152 f.

65 Rödder: Deutschland, S. 228.

66 Protokoll des Gesprächs von A. Jakowlew und V. Falin mit E. Bahr und K. Voigt, 27. Feb. 1990. In: Karner et al. (Hrsg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung, S. 196 f, 200.

67 Protokoll des Gesprächs von V. Rykin mit E. Bahr, 21. Jun. 1990. Ebd., S. 298 f.

68 Protokoll des Gesprächs von A. Jakowlew mit G. Gysi, 14. Jun. 1990. In: Karner et al. (Hrsg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung, S. 293 f.

plädierte. Aus einem Telefonat mit dem US-Präsidenten am 28. Februar zog Gorbatschow die Schlußfolgerung, daß auch Bush diese Lösung präferierte.⁶⁹ Thatcher, Mitterrand und einige der neu gewählten Regierungschefs der ostmitteleuropäischen Staaten bevorzugten ebenfalls den Fortbestand der Einbindung Deutschlands in das westliche Bündnis – primär aus der Überlegung heraus, dies werde das Land weiterhin unter Kontrolle halten. Die von Gorbatschow im ZK Mitte Februar geäußerte Hoffnung, im Zwei-plus-Vier-Prozeß werde dank Thatcher, Mitterrand und Modrow die „Kräfteverteilung zu unseren Gunsten sein“, bewahrheitete sich nicht.⁷⁰

In der DDR wiederum wurden die NATO-Gegner durch die Tendenz in Richtung Wiedervereinigung gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes geschwächt, da bei einem Beitritt der sich konstituierenden Länder der DDR zur Bundesrepublik kein neues Staatswesen entstand. Falin, der dies offenbar durchschaute, bezeichnete in einer Unterredung mit Bahr Artikel 23 in altstalinistischer Manier haltlos als „eine Verletzung der Abkommen von Potsdam und Jalta und unserer Rechte [...], eine Art ‚casus belli‘“.⁷¹ Derartige Einschüchterungsversuche blieben aber wirkungslos. Im Gespräch mit Gorbatschow am 25. Mai erklärte Mitterrand realistisch, daß die Bundesrepublik die DDR „schlucken“ und sich daher die Frage der Bündnismitgliedschaft der vergrößerten Bundesrepublik formal gar nicht stellen werde.⁷² Nachdem sogar der französische Präsident mit wenig Enthusiasmus auf den sowjetischen Vorschlag einer „französischen Lösung“ für Deutschland reagiert hatte, war Gorbatschow laut seinen Erinnerungen klar, daß die Sowjetunion im Kampf gegen eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands alleine stand.⁷³

Dies betraf auch die offiziellen „Verbündeten“ der UdSSR im Warschauer Pakt. Bereits am Rande der „Open-Skies“-Konferenz im Februar hatten sich die neuen nicht-kommunistischen Außenminister der Tschechoslowakei und Polens, Jiří Dienstbier und Krzysztof Skubiszewski, gegen eine Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen; Skubiszewski meinte wörtlich: „Ein großer Staat, der in Isolation lebt, könnte sich in eine ungünstige Richtung entwickeln. Es wäre besser, wenn die geeinte Nation an andere Staaten gebunden wäre.“⁷⁴ Auf der Außenministertagung des Warschauer Paktes in Prag im März 1990 war dies die Mehrheitsmeinung unter den nichtsowjetischen Teilnehmern.⁷⁵

Hinzu traten Desintegrationserscheinungen des Bündnisses. Ungarn und die Tschechoslowakei forderten Verhandlungen über einen sowjetischen Truppenabzug und im Juni 1990 erklärte die nichtkommunistische Regierung in Budapest, die Warschauer Paktorganisation verlassen zu wollen. Um diese zu retten, wurde für die Moskauer Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses die Umwandlung in eine politische Allianz auf die Tagesordnung gesetzt.

In dieser Situation verschlechterten sich die Chancen, ein von Grund auf neues Sicherheitssystem zu schaffen. US-Außenminister Baker begrüßte im Mai gegenüber Gor-

69 Gorbatschow: *Wie es war*, S. 119.

70 Černjaev/Veber/Medvedev: *V Politbjuro CK KPSS*, S. 484.

71 Protokoll des Gesprächs von A. Jakovlev und V. Falin mit E. Bahr und K. Voigt, 27. Feb. 1990. In: Karner et al. (Hrsg.): *Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung*, S. 202.

72 Aus dem Gespräch Gorbačevs mit F. Mitterrand, 25. Mai 1990. In: Galkin/Tschernjajew: *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage*, S. 417 f.

73 Gorbatschow: *Wie es war*, S. 135 f.

74 Tagebucheinträge Stepanov-Mamaladze, 12. Feb. 1990. In: Karner et al. (Hrsg.): *Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung*, S. 168.

75 Bericht über das Treffen der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages, 19 Mar. 1990. In: Lehmann: *Außenpolitik*, S. 527.

batschow die Idee, über gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen zu reden, stellte aber mit Blick auf deren rasche Realisierbarkeit ernüchternd fest: „Das ist ein herrlicher Traum, jedoch nur ein Traum.“⁷⁶

Innere Faktoren: Drohender Bankrott und Desintegration der UdSSR

An der „inneren Front“ bot sich auch nach der dritten Session des Volkskongresses, der Wahl Gorbatschows zum Staatspräsidenten und der Streichung des KP-Monopols aus der Verfassung im März 1990 keine Atempause.⁷⁷ Der für Juli angesetzte 28. Parteitag der KPdSU samt der Neuwahl des Generalsekretärs ließ eine Abrechnung aller Perestroika-Gegner mit Gorbatschow und seiner Mannschaft erwarten; im Fall einer knappen Wahl drohte der Druck auf den Parteichef zu wachsen, bei einem klaren Sieg stand eine Ausweitung seines Handlungsspielraumes in Aussicht. Ein Anzeichen für die aufgeheizte Stimmung waren die Konfrontationen am Rande der 1.-Mai-Parade auf dem Roten Platz, als Gegendemonstranten verschiedener politischer Strömungen mit Rufen wie „Nieder mit Gorbatschow“, „Nieder mit dem faschistischen Roten Imperium“, aber auch „Freiheit für Litauen“, die Parteiführung veranlaßten, fluchtartig ihren Podiumsplatz auf dem Lenin-Mausoleum zu verlassen.⁷⁸

Auf die Unabhängigkeitserklärungen der gewählten Parlamente Litauens, Estlands und Lettlands im März und Mai 1990 hatte Gorbatschow mit militärischen Einschüchterungsversuchen und im April mit einem Öl- und Gasembargo reagiert;⁷⁹ die im Politbüro als „trennende Kraft“ kritisierte⁸⁰ Gründung der KP Rußlands sollte sich aber als wesentlich folgenschwerer in der Demontage der Sowjetunion erweisen. Nach einem Vieraugengespräch mit dem sowjetischen Präsidenten, der ihm immer mehr als gegen Windmühlen kämpfender Don Quixote erschien, notierte Schachnasarow: „Es scheint, dass die Versuche, die Union, diese modernisierte Variante des Russländischen Imperiums, zu erhalten, aussichtslos sind. Aber möglicherweise gelingt es, sie in etwas wie die EWG oder das Britische Commonwealth umzuwandeln?“⁸¹

Wirtschaftlich waren die Voraussetzungen dafür trist. Seit Jahresbeginn hatten sich die Indikatoren kontinuierlich verschlechtert und Ende April warnten sowjetische Banken und Außenhandelsorganisationen die oberste Führung vor der Zahlungsunfähigkeit. Verschärft wurde die wirtschaftliche Lage durch die allgemeine Unsicherheit, die westliche Banken seit Ende 1989 veranlaßt hatte, sich aufgrund der instabilen Aussichten aus der sowjetischen Wirtschaft zurückzuziehen und keine kurzfristigen Kredite mehr zu gewähren.⁸² Auch die von Gorbatschow bestätigte Aussicht eines Überganges zur Marktwirtschaft⁸³ vermochte die Geldinstitute nicht zu einem stärkeren Engagement zu bewegen. Einen Tag vor der ersten Sitzung der Zwei-plus-Vier-Außenminister wandte sich Schewardnadse im Auftrag Gorbatschows mit einem Kreditersuchen an Kohl.

Vor diesem Hintergrund kam den von Schewardnadse, aber auch Gorbatschow selbst vorgebrachten Warnungen, der Westen werde im Fall einer Nichtberücksichtigung sowjetischer Forderungen bald mit einem neuen Diktator im Kreml konfrontiert sein,

76 Gespräch Gorbačevs mit dem amerikanischen Außenminister James Baker am 18. Mai 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 406–413, 407, 409.

77 Brown, Archie: The Gorbachev Factor. Oxford 1996, S. 193–204.

78 Černjaev: Sovmestnyj ischod, S. 854.

79 Altrichter: Russland, S. 395 f.

80 Černjaev/Veber/Medvedev: V Politbjuro CK KPSS, S. 507.

81 Ebd., S. 511.

82 Zubok: With His Back, S. 635 f.

83 Černjaev/Veber/Medvedev: V Politbjuro CK KPSS, S. 513.

eine gewisse Plausibilität zu.⁸⁴ Es ist derzeit kaum zu beurteilen, in wie weit es sich hier um reale Einschätzungen der Perestroika-Mannschaft handelte oder aber der „threat of collapse“ als verhandlungstaktisches Mittel eingesetzt wurde, um die eigene Verhandlungsposition zu stärken.

Westliche Anreize: Ein reformiertes Sicherheitssystem, Rücksicht im Baltikum, und noch mehr Wirtschaftshilfe

In dieser Situation boten die westlichen Verhandlungspartner der Sowjetunion neuerlich vor allem sicherheitspolitische und wirtschaftliche Anreize. Im Bereich der Sicherheit regten die USA in den „neun Punkten“ vom Mai 1990 die Transformation der KSZE in eine Sicherheitsorganisation für Europa, Kanada, die USA und die Sowjetunion an.⁸⁵ Gorbatschow, der sich im Gespräch klar dazu bekannte, „dass es ohne die Vereinigten Staaten [von Amerika] unmöglich ist, etwas in Europa zu machen und zu erreichen“, dürfte diese Chance erkannt haben. Gleichzeitig sollte, so Baker, das atlantische Bündnis zwar nicht aufgelöst, aber – wie bereits auf sowjetischer Seite und in der Bundesrepublik ventiliert⁸⁶ – in eine „stärker politische Organisation“ umgewandelt werden. Schewardnadse und Anatoli Tschernjajew, Gorbatschows Berater, meinten später, diese Perspektive half, die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands zu balancieren.⁸⁷ Wenngleich es nicht gelang, Gorbatschows Ziel eines Umbaus der NATO in ein Sicherheitssystem unter Einbeziehung der UdSSR zu erreichen, stellten die Aussicht auf die Schaffung der OSZE und die Aussöhnung mit dem Atlantischen Bündnis, das in seiner Londoner Deklaration vom 6. Juli den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes Versöhnung, Freundschaft, Kooperation und einen Erstschaftsverzicht anbot, aus sowjetischer Perspektive bedeutende Erfolge dar.

Begleitet wurde dies durch weitere Zugeständnisse im Bereich der Abrüstung. Genscher hatte vorgeschlagen, daß keine NATO-Strukturen sich auf das Territorium der ehemaligen DDR ausbreiten sollten. Bakers „neun Punkte“ modifizierten dieses Angebot und begrenzten es auf den Zeitraum des sowjetischen Truppenabzuges aus Ostdeutschland – eine Regelung, die in Gorbatschows Treffen mit Kohl am 15. Juli bestätigt wurde. Das wiedervereinigte Deutschland verzichtete ferner auf Herstellung, Erwerb und Benutzung von ABC-Waffen und bot mit Blick auf den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa nach einigem Ringen eine freiwillige Selbstbeschränkung der Mannstärke auf 370.000 an, was unter der Hälfte der addierten Mannstärke von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee lag.⁸⁸ Bereits im Mai 1990 hatten die Vereinigten Staaten zugestimmt, auf ein Folgeprogramm für ihre nuklearen Kurzstreckensysteme in Deutschland zu verzichten. Darüber hinaus konnte eine Annäherung zwischen USA und Sowjetunion in der Vorbereitung auf einen Abrüstungsvertrag strategischer Atomwaffen erzielt werden.⁸⁹

In der Frage der baltischen Unabhängigkeit versuchte Kohl im Verein mit Mitterrand in einem Brief vom 28. April 1990 an den Sajudis-Führer Vytautas Landsbergis⁹⁰ und

84 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Schewardnadse, 4. Mai 1990. In: Küsters/Hofmann: Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit, S. 1084–1090, 1086.

85 Gespräch Gorbačevs mit dem amerikanischen Außenminister James Baker am 18. Mai 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 406–413, 407, 409.

86 Dashichev: On the Road to German Reunification, S. 178.

87 Schewardnadse, Eduard: Die Zukunft gehört der Freiheit. Reinbek 1991, S. 248, 251.

88 Weidenfeld, Werner (mit Wagner, Peter und Bruck, Elke): Außenpolitik für die deutsche Einheit: Die Entscheidungsjahre 1989/90. Geschichte der deutschen Einheit 4. Stuttgart 1998, S. 554 f.

89 Küsters: Entscheidung für die deutsche Einheit, S. 159–169.

90 Spohr Readman, Kristina: Germany and the Baltic Problem after the End of the Cold War. London 2004, S. 25–28.

anlässlich des Besuches der litauischen Ministerpräsidentin Kazimiera Prunskiene in Bonn am 11. Mai Druck auf Litauen auszuüben, seine Unabhängigkeitserklärung zurückzunehmen.⁹¹ Nachdem dies gescheitert war, willigte Litauen auf US-amerikanische Vermittlung am 29. Juni ein, seine Erklärung einzufrieren, was wiederum Gorbatschow erleichterte, das Wirtschaftsembargo gegen den Kleinstaat zu beenden.

Auf bilateraler Ebene wurde der Prozeß durch ein Maßnahmenpaket im politischen und wirtschaftlichen Bereich begleitet. Der Vergleich mit den gescheiterten japanischen Angeboten für einen faktischen „Rückkauf“ der Kurilen und Gorbatschows Zurückweisung von Vermutungen, er habe sich aus Deutschland „hinauskaufen“ lassen, legen nahe, daß die Kombination der wirtschaftlichen Anreize mit politischer Kooperation essentiell für die Lösung der Bündnisfrage war.⁹² Zwischen den Supermächten betraf dies etwa das im Zuge des Washingtoner Gipfels im Mai unterzeichnete Handelsabkommen, das der UdSSR den lange erhofften Meistbegünstigungsstatus in Aussicht stellte.⁹³ Im Zentrum des deutschen Paketangebots stand ein „Großer Vertrag“ über gutnachbarschaftliche Beziehungen und Gewaltverzicht, der die historische Versöhnung der beiden Staaten symbolisieren und die Basis für die zukünftige Kooperation legen sollte. Botschafter Kwizinski reagierte geradezu „euphorisch“, als Helmut Kohl im April diesen Gedanken lancierte, und während des Besuchs des Bundeskanzlers in der Region Stawropol im Juli erteilten sowjetische Weltkriegsveteranen in einem symbolischen Akt der sowjetisch-deutschen Aussöhnung ihre Zustimmung.⁹⁴ Der deutsch-sowjetische „Große Vertrag“ vom 9. November 1990 bestätigte das Ziel beider Seiten, die Kooperation in bi- und multilateralen Angelegenheiten inklusive der Abrüstung zu intensivieren.

Die politische Aussöhnung wurde von beiden Seiten mit finanziellen Komponenten verknüpft. Der wirtschaftliche Teil der neuen Zusammenarbeit umfaßte eine Fülle von Maßnahmen. Die Währungsunion der beiden deutschen Staaten hatte bereits das Finanzgefüge der Beziehungen der UdSSR zu ihrem vormals kommunistischen Haupthandelspartner erschüttert und die Kosten für die sowjetische Präsenz in der DDR erhöht. Gleichzeitig bat die DDR, zahllose unrentable Einkäufe in Millionenhöhe stornieren zu dürfen.⁹⁵ Im Zuge der Mission der Vorstandssprecher der Deutschen und der Dresdner Bank fragte die sowjetische Führung wegen Darlehen im Umfang von insgesamt 11,5 bis 17 Milliarden D-Mark an. Die westdeutsche Seite – bereits bisher der größte Kreditgeber der Sowjetunion – wies auf den Zusammenhang mit dem „Gesamtpaket“ hin und bot fünf.⁹⁶ Etwas später sagte Kohl weitere 1,25 Milliarden für die Stationierungskosten sowjetischer Truppen in Deutschland 1990 zu; im Juli schlug er einen deutschen Fonds zur Entschädigung sowjetischer Zwangsarbeiter unter dem Naziregime vor. Hinzu kam die Kompensation für ehemalige Verpflichtungen der DDR gegenüber der UdSSR. Die von Gorbatschow im Spätsommer präsentierten Forderungen in Höhe von über 18,5 Milliarden D-Mark für Unterhalt der sowjetischen Truppen

91 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsidentin Prunskiene, 11. Mai 1990. In: Küsters/Hofmann: Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit, S. 1103 ff.

92 Forsberg, Tuomas: Economic Incentives, Ideas, and the End of the Cold War: Gorbachev and German Unification. In: Journal of Cold War Studies 7, No. 2 (2005), S. 142–164.

93 Zelikow/Rice: Germany Unified, S. 275–283.

94 Teltschik, Horst: 329 Tage: Innenansichten der Einigung. Berlin 1991, S. 192, 205. Gespräch H. Kohl mit Ju. Kwizinski, 23 Apr. 1990. In: Küsters/Hofmann: Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit, S. 1026–1030, 1028; Gorbachev in der Gemeinsamen Pressekonferenz, 16 Jul. 1990. In: Galkin/Tschernjajew, Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 500.

95 Politbürobeschuß, 10. Mai 1990. In: Karner u.a. (Hrsg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung, S. 258.

96 Teltschik: 329 Tage, S. 232–235.

in Deutschland bis 1994 und ihre Unterbringung und Umschulung nach der Rückkehr in die Sowjetunion wurden nach harten Verhandlungen und Gorbatschows Drohung, die Vereinbarung platzen zu lassen, auf zwölf Milliarden D-Mark und einen zinslosen Kreditrahmen von drei Milliarden D-Mark reduziert.⁹⁷ Ferner verpflichtete sich Deutschland, die Wirtschaftsabkommen der DDR sowie die Konsequenzen der von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland angeordneten Wirtschaftsmaßnahmen, konkret der Bodenreform, zu respektieren.

Die Gesamtkosten der deutschen Zahlungen, Hilfsleistungen und Kredite an die Sowjetunion in Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands wurden auf 87,55 Milliarden D-Mark kalkuliert, davon etwa dreißig Milliarden D-Mark Exportförderungen.⁹⁸ Die Bedeutung der wirtschaftlichen Zugeständnisse Deutschlands an die Sowjetunion wird durch neueste Aktenpublikationen unterstrichen: Unmittelbar nach der Einigung mit Kohl in Archys im Juli 1990 erklärte Schewardnadse gegenüber seinen Beratern: „Die fünf Milliarden Mark von den Deutschen retten uns vor dem Staatsbankrott. Ryshkow hat gewarnt, dass wir in einem halben Jahr bankrott sind.“ Nach Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages im Herbst vertraute Kwizinski dem Sekretär des Außenministers, Stepanow-Mamaladse, an: „Die Deutsche Mark hat alles entschieden.“⁹⁹

Ideengeleitete Motive: Selbstbestimmung und Aussöhnung

Die Protokolle vieler Gespräche Gorbatschows lassen vermuten, daß abermals ideologische Faktoren eine Rolle in der Entscheidungsfindung spielten. In einer bedeutsamen Unterredung am 18. Mai wies James Baker den sowjetischen Staatschef darauf hin, daß die USA im Einklang mit dem Völkerrecht und der Helsinki-Schlußakte dafür eintraten, Deutschland die Wahl seines Verteidigungsbündnisses selbst zu überlassen. Die USA würden zwar für eine NATO-Mitgliedschaft plädieren, seien aber bereit, jede andere Entscheidung zu akzeptieren, solange sie in freier und demokratischer Weise zustande gekommen sei.¹⁰⁰ Auf die Frage des US-Außenministers, warum die UdSSR nicht Deutschland selbst entscheiden lassen wolle, ging Gorbatschow nicht direkt ein. Das Argument scheint aber bei ihm verfangen zu haben, denn im entscheidenden Gespräch mit US-Präsident Bush vierzehn Tage später, am 31. Mai, hatte sich Gorbatschow diese Position zu eigen gemacht und bestand proaktiv darauf, daß Deutschland die im Rahmen des „neuen Denkens“ immer wieder geforderte Wahlfreiheit besitzen solle.¹⁰¹ Die plötzlich auftretende Unruhe auf der sowjetischen Seite des Verhandlungstisches deutet an, daß dieser Schritt innerhalb der Moskauer Delegation nicht allgemein akzeptiert war.¹⁰²

Gorbatschows engster Berater, Tschernjajew, hatte in einem Memorandum vom 4. Mai 1990, als der sowjetische Staatschef noch nicht bereit gewesen war, eine freie Bündniswahl zu akzeptieren, darauf hingewiesen, daß eine Verweigerung der freien Bündniswahl einen Verstoß gegen die Prinzipien des „neuen Denkens“ darstelle und

97 Sarotte: 1989, S. 170, 179, 187–193; Rödder: Deutschland, S. 250 f, 261 f.

98 Newnham, Randall: The Price of German Unity: The Role of Economic Aid in the German-Soviet Negotiations. In: German Studies Review 22, No. 3 (1999), S. 421–446, 441.

99 Zitiert nach Zubok: With His Back, S. 643.

100 Gespräch M. Gorbachevs mit J. Baker, 18. Mai 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 411 f.

101 Gespräch M. Gorbachevs mit G. Bush, 31. Mai 1990. Ebd., S. 441.

102 Adomeit, Hannes: Gorbachev's consent to united Germany's membership of NATO. In: Bozo, Frédéric/Rey, Marie-Pierre/Piers Ludlow, N./Nutti, Leopoldo (Hrsg.): Europe and the End of the Cold War. Abingdon 2008, S. 107–118, 113 f; Biermann: Zwischen Kreml und Kanzleramt, S. 607–611.

langfristig auch keine Aussicht auf Erfolg haben werde.¹⁰³ Möglicherweise setzte Gorbatschow zu diesem Zeitpunkt auch noch darauf, daß die Bündnismitgliedschaft, wie von Falin am 18. April in einem internen Memorandum vorgeschlagen, einem allgemeinen Referendum in Deutschland unterworfen sein werde, dessen Ausgang alles andere als sicher war.¹⁰⁴ In Moskau vorliegende westdeutsche Meinungsumfragen belegten einen starken Anstieg der Neutralitätsbefürworter in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, und nur wenige Tage vor dem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen wies Mitterrand Gorbatschow darauf hin, daß eine doppelte Bündnismitgliedschaft unter den Deutschen an Popularität gewinne.¹⁰⁵ Falins Vorschlag schien aber insofern realitätsfremd, als kaum anzunehmen war, daß die Bundesregierung auf Zuruf aus dem Kreml eine Volksabstimmung über die Bündnisfrage ansetzen werde. Da Falin dies voraussehen konnte, kann man seinen Vorschlag wohl als Druckmittel gegenüber Kohl betrachten, selbst auf die NATO-Mitgliedschaft zu verzichten.

Der Wendepunkt deutete sich in der Unterredung Gorbatschows mit US-Präsident Bush am 31. Mai in Washington an, als der sowjetische Staatschef auch in der Bündnisfrage das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands bestätigte. Die danach aufgetauchten Hindernisse und Rückschläge dürften einerseits auf das sowjetische Bemühen zurückzuführen sein, den Westen zur Umsetzung von Bakers „neun Punkten“ zu drängen, und andererseits den innersowjetischen Kritikern von Gorbatschows Kurs auf dem 28. Parteitag der KPdSU keine weitere Angriffsfläche zu bieten. Nachdem Außenminister Schewardnadse in der Berliner Zwei-plus-Vier-Sitzung am 22. Juni wieder zur bisherigen Verzögerungstaktik zurückgekehrt war und gefordert hatte, daß Deutschland nach der Wiedervereinigung für fünf Jahre als Mitglied beider Bündnisse unter Viermächtekontrolle verbleiben solle,¹⁰⁶ bekräftigte Gorbatschow am 15. Juli im Gespräch mit Kohl, daß das vereinigte Deutschland NATO-Mitglied bleibe, wenn auch mit konkreten Einschränkungen betreffend die Bewaffnung und Stärke der Armee des vereinigten Deutschlands und die Dauer der Anwesenheit sowjetischer Truppen.¹⁰⁷ Im sowjetischen Entwurf vom 8. August für den Zwei-plus-Vier-Vertrag war dann neuerlich ein Hinweis auf den „Abzug der Streitkräfte der Westmächte“ enthalten, der erst am 13. August nach diesbezüglichen Verhandlungen zwischen Kwizinski und dem Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Dieter Kastrup, gestrichen wurde.¹⁰⁸

103 Tschernjaew, A.: Mein deutsches Tagebuch: Die deutsche Frage im ZK der KPdSU 1972–1991, hrsg. v. Meier, Rudi. Klitschen 2005, S. 255–258.

104 Aufzeichnung V. Falins für M. Gorbatschow. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 368–378. Vgl. Falin: Konflikte, S. 173.

105 Aus dem Gespräch Gorbatschows mit F. Mitterrand, 25. Mai 1990. In: Galkin/Tschernjajew: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 427. Allerdings ließ sich, wie Filitov konstatiert, aus derartigen Umfragen nicht immer ein konsistentes Gesamtbild formen; obzwar laut einer Umfrage 53 Prozent der Westdeutschen bereit waren, die NATO-Mitgliedschaft gegen eine Wiedervereinigung einzutauschen, lehnte bei einer anders formulierten Frage ein gleich großer Anteil dies ab. Auf die Anwesenheit US-amerikanischer Soldaten in Deutschland erklärten sich nur 17 bis 27 Prozent bereit zu verzichten. Filitov: Germanija v Sovetskom vnesnepolitičeskom planirovanii, S. 317.

106 Zweites Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, 22 Jun. 1990. In: Küsters/Hoffmann: Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit, S. 1249–1256. Vgl. Kiessler, Richard/Elbe, Frank: Ein runder Tisch mit scharfen Ecken: Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden-Baden 1993, S. 160–163.

107 Gespräch Bundeskanzler Kohls mit M. Gorbatschow, 15 Jul. 1990. In: Küsters/Hoffmann: Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit, S. 1346.

108 Filitov: Germanija v Sovetskom vnesnepolitičeskom planirovanii, S. 321.

Zusammenfassung

Die Analyse der Umstände von Gorbatschows Entscheidung zugunsten der Selbstbestimmung Deutschlands in bezug auf die Einheit und freie Bündniswahl zeigt in allen vier untersuchten Parametern eine Fülle von Motiven. Die Entscheidung in der Einheitsfrage fiel unter dem Eindruck des Exodus aus der DDR, ihres drohenden Staatsbankrotts und der sinkenden Akzeptanz der SED-Herrschaft und der DDR-Eigenstaatlichkeit. Möglicherweise hatte auch Gorbatschow die Hoffnung noch nicht aufgegeben, seine neue Linie, den Deutschen selbst die Entscheidung über eine Vereinigung zu überlassen, könnte möglicherweise die Chancen der SED bei der Volkammerwahl verbessern. Zu diesem Zeitpunkt rechnete er außerdem noch fest damit, daß auch Frankreich und England die Einheit bremsen würden und der Einigungsprozeß zur Beseitigung der NATO und zur Bildung des „Gemeinsamen Hauses Europa“ führen werde. Aber nicht nur das internationale Umfeld, sondern auch die innere Entwicklung der Sowjetunion, der drohende Staatsbankrott, die steigende Unzufriedenheit und die beginnende Desintegration reduzierten Gorbatschows Handlungsspielraum in bedeutendem Ausmaß und trugen dazu bei, daß die Lage – wie er selbst gegenüber James Baker feststellte – „seinen Händen entglitt“.

Für einen ideengeleiteten Politiker wie Gorbatschow präjudizierte sicherlich auch das Zugeständnis zum Selbstbestimmungsrecht in der ersten Phase einen parallelen Schritt in der zweiten. Die im Zuge dessen errungene NATO- und KSZE-Reform, die Abrüstungsschritte, die Kredite und Übernahme der Stationierungskosten waren zweifellos weniger spektakulär als ein von Grund auf neues Sicherheitssystem; sie kamen aber nicht nur politischen, sondern auch um so drängenderen wirtschaftlichen Bedürfnissen der Sowjetunion entgegen. Wenn Gorbatschow die inneren Probleme in den Griff bekommen und sein Land erfolgreich stabilisieren wollte, hatte er keine sinnvolle Alternative als die Partnerschaft mit dem Westen auszubauen, auf westliche Wirtschaftshilfe und die angebotenen sicherheitspolitischen Zugeständnisse zurückzugreifen. Die hohen wirtschaftlichen und politischen Hypotheken, die Gorbatschow von seinen Vorgängern geerbt hatte, verhinderten, daß er die Früchte seiner Politik ernten konnte.